

Elf friedenspolitische Thesen zur aktuellen Diskussion um den Terrorismus

(Zusammenfassung meiner am 7. Nov. 2007 bei der Schlussdiskussion des Unterrichtsprojekts „Krieg gegen Terrorismus – Terrorismus gegen Krieg?“ gemachten Ausführungen)

- **Sicherheit - ein ambivalenter Begriff**

Sicherheit zu haben ist einerseits ein menschliches Grundbedürfnis. Andererseits schlägt ein überzogenes Sicherheitsdenken sehr rasch in eine hohe gesellschaftliche Angst und neue Unsicherheit um. Das beste Beispiel dafür sind die USA. Sowohl der Staat als auch die privaten Haushalte sind hochgerüstet. Dennoch gibt es sowohl individuell als auch Kollektiv einen wesentlich höheren Angstpegel als dies etwa in Europa der Fall ist. Das funktioniert über einen sozialpsychologischen Zusammenhang: Das hohe Maß an Rüstung signalisiert den Menschen ständig ein scheinbar hohes Maß an aktueller Gefahr.

- **Militärische gestützte Sicherheitspolitik und Friedenspolitik**

Der Zugang der Friedensbewegung zu Problemen des Unfriedens unterscheidet sich grundsätzlich von jenem des militärischen Sicherheitsdenkens. Soweit militärische Strukturen Unfriedenszustände nicht überhaupt selbst mit verursachen (siehe derzeit in Pakistan) wirken sie wie ein Arzt, der erst bei ausgebrochener schwerer Krankheit zu Hilfe gerufen wird. Der Blick der Friedensbewegung hingegen richtet sich auf die tiefer liegenden Ursachen und bemüht sich die Gefährdungen des Friedens früh- und rechtzeitig zu erkennen und zu überwinden (Begriff der „strukturellen Gewalt“).

- **Terrorismus ist eine vermeidbare bzw. „heilbare“ Erscheinung**

Terrorismus ist eine gesellschaftlich verursachte Sonderform des Unfriedens. Wie andere Erscheinungsformen des Krieges ist er historisch gewachsen. Er kann aber durch eine gute Politik vermieden bzw. nach seinem Auftreten durch positive Veränderung gesellschaftlicher Strukturen auch wieder überwunden werden. So gab es etwa Ende des 19. Jhdts. in Europa einen sozialrevolutionären Terrorismus. Diesem fielen vor allem gekrönte Häupter (z.B. 1898 Kaiserin Elisabeth I. von Österreich) zum Opfer. Nach ersten Sozialreformen und einer Verbreiterung der politischen Mitsprache durch die Einführung allgemeiner Wahlen war diesem „linken“ Terror um 1910 der Boden entzogen.

- **Das Scheitern der globalen Politik und die globale Krise**

Die Politik scheitert an den von ihr selbst propagierten Zielen:

- a) Die Frage der Entwicklung: Seit 1960 gibt es die „UN-Dekaden der Entwicklung“. Das Ergebnis am Ende eines jeden Jahrzehnts ist jeweils dasselbe: mehr Menschen als zuvor leben in extremer Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit, Unbildung und Krankheit. Meistens korrumpiert der Westen in diesen Ländern durch massive Geldzuwendungen an eine kleine Schicht von Vasallen. Die realen Folgen dieser Politik – z.B. 20 - 30 Mio. Tote als Folge des Hungers – werden von den Betroffenen als „Krieg der Reichen gegen die Armen“ verstanden. Aus dieser extrem ungerecht empfundenen durch die reichen Länder des Nordens verursachten Ungleichheit resultiert der Nährboden für terroristische Aktionen.
- b) Die Frage des Klimas: Die Problematik ist seit dem Erscheinen des Mona Loa-Berichts im Jahr 1957 bekannt und bis heute ungelöst. Die Vorgaben des Kyoto-Protokolls wurden bisher deutlich verfehlt. Die Folgen treffen die wenig entwickelten Gesellschaften des Südens am stärksten.
- c) Die Frage der Kriegsvermeidung und der Abrüstung: Die Verpflichtung der Staaten zur Abrüstung ist in zahlreichen UN-Beschlüssen völkerrechtlich grundgelegt. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks gingen die Rüstungsausgaben kurze Zeit zurück, erreichten aber 2004 mit mehr als 1 Billion Dollar einen neuen Höhepunkt.

Auch die EU spielt dabei kräftig mit. Sie steckt bis 2010 ca. 600 Mrd. € in ihre Hochrüstung.

- **Auf die globale Krise reagiert der Westen mit einer wachsenden hegemonialen Aggression**

Hinter diesem Scheitern an den globalen Zielen stehen tiefer liegende Strukturen. Diese manifestieren sich in langfristigen eurozentristischen Herrschaftsansprüchen und aktuell in einem neoliberal enthemmten Kapitalismus. Die globale Ökonomie funktioniert nach erbarmungslosen profitwirtschaftlichen Prinzipien. Diese Strukturen sichern den Profit einer schmalen sehr vermögenden Schicht und einen durchschnittlich hohen Lebensstandard westlicher Industriegesellschaften. Angesichts der Krise verschärft die kapitalistische Ökonomie und die ihr zugeordnete Politik daher in systemlogischer Weise ihre Anstrengungen den globalen Ausbeutungszusammenhang aufrecht zu erhalten bzw. auszuweiten: Korrupte und undemokratische aber dem Westen gefügige Regime werden gegen Bestrebungen sozialrevolutionärer Veränderungen gestützt (Saudi Arabien, Pakistan etc.). Mit Hilfe einer Kulturindustrie a la Hollywood werden weltweit in den Köpfen der Menschen westliche „Werte“ verankert. Im Extremfall wird zur Durchsetzung dieser Interessen eine militärisch gestützte Hegemonialmachtspolitik betrieben.

- **Der aktuelle islamistisch motivierte Terror ist auch als Antwort auf die westliche Hegemonialpolitik zu verstehen**

Außerhalb Europas, der USA und Japans erscheint der westliche Entwicklungsweg immer mehr Menschen als Weg in eine globale Katastrophe. Die forcierte globale „Modernisierung“ gefährdet gewachsene Traditionen, verunsichert und verletzt viele Menschen in ihren Gefühlen. Diese suchen radikale antiwestliche Antworten. Manche finden sie in der Sicherheit religiöser Lehren. Der - wie das Christentum - als Heilslehre konzipierte Islam ist per se keineswegs aggressiver als das Christentum (so haben etwa das Christentum am Balkan Jahrhunderte der türkischen Herrschaft überlebt, während der Islam und das Judentum in Spanien im Zuge der „Reconquista“ ausgerottet wurden). Als starke und umfassend ausgeprägte Lebenskultur bietet er derartigen Gefühlen und Konzepten der Gegenwehr aber teilweise geeignete Anknüpfungspunkte. Diese innere, fundamental-religiös gewonnene Zweifelsfreiheit wird von gesellschaftlichen Eliten (Osama Bin Laden entstammt einer saudischen Milliardärssippe!) im Sinne einer „Propaganda der Tat“ instrumentalisiert.

- **Der aktuelle Terror dient den westlichen Eliten zur Zementierung von System und Herrschaft**

Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme 1990/91 stellte auch im Westen vieles in Frage. Eine grundsätzlich neue Entwicklung schien möglich. Diese Hoffnungen wurden aber enttäuscht, weil die Politik des Westens „ihren“ Sieg zur Stabilisation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zur weiteren Steigerungen der Profite nutzte: Sozialabbau, Steuerschonung für Reiche, Privatisierung, etc. Die dadurch auftretenden inneren Widersprüche in den westlichen Gesellschaften schufen allerdings Verunsicherung. Um diese politisch zu bändigen war der islamische Fundamentalismus als neuer Außenfeind willkommen. In Samuel Huntingtons Buch „Kampf der Kulturen“ (1993) fand dieses Konzept seinen Ausdruck.

Die neue gesellschaftlich grassierende Angst erzeugt das Bedürfnis nach einer Politik der schützenden „starken Hand“ und erntet dafür Untertanentreue. Dies ist auch hierzulande der Fall: Obwohl die terroristische Gefahr heute nicht größer ist als etwa in den 1970er-Jahren, ist es gelungen ein öffentliches Bewusstsein der besonderen Gefahr und daraus folgend Angst zu erzeugen und so Einschränkungen von Freiheitsrechten durchzusetzen (verstärkte Polizeibefugnisse, etc.).

- **Ein Krieg gegen einen Terror mit Massenbasis kann nicht gewonnen werden**

Gegen gesellschaftlich isolierte gewalttätige Gruppen kann mit dem Einsatz stark überlegener staatlicher Mittel erfolgreich vorgegangen werden. Diese Voraussetzungen waren etwa in den 70er und 80er-Jahren beim RAF-Terror in Deutschland der Fall. Der islamisch-fundamentalistisch motivierte Terrorismus hingegen beruht auf weit verbreiteten und starken antiwestlichen Gefühlslagen und einer eigenen religiös vermittelten Überlegenheitsgewissheit. Diese Gefühle werden im Zuge des Antiterrorkrieges noch weiter herausgefordert und gestärkt. Manifeste Widersprüche zwischen westlichem Anspruch auf Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten und gegenteiligen realen Fakten, wie sie etwa im Zuge des Antiterrorkrieges gegen den Irak (Abu Ghraib, Guantanamo, Straflosigkeit bei militärischen Massakern, etc) zutage treten, werden als Ausdruck von westlichem Staatsterror empfunden. Auch der zwiespältige Umgang mit der Atomrüstung (Israels „gute Atombombe“ gegen eine eventuelle iranisch „böse Atombombe“; Forderung nach Kernwaffenverzicht ohne Bereitschaft zur Abrüstung der westlichen Atomarsenale) und die einseitige Parteinahme des Westens auf Seite Israels in der jahrzehntelangen Demütigung und Unterdrückung der PalästinenserInnen sichern Terrorgruppen ein dauerhaftes Feld zur Rekrutierung von Attentätern.

- **Den Eurozentrismus unserer Weltsicht beenden!**

Wir müssen lernen uns auch mit den Augen der Anderen zu sehen und die Gewalt der weltweiten Unrechtsstrukturen zu verstehen. Konzepte der Aufrüstung und des Anti-Terrorkrieges lassen die notwendige friedenspolitische Phantasie verkümmern und verschlingen jene Mittel, die wir zur Bewältigung der globalen Herausforderungen brauchen. Würden etwa jährlich 10 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben für Entwicklungspolitik ausgegeben, so wären - laut einer Schätzung der UNCTAD - in 15 Jahren die dringendsten Probleme (Hunger, mangelnde Hygiene, Analphabetismus) zu lösen.

- **Österreichs Neutralität friedenspolitisch nutzen!**

Ein Einsatz österreichischer Truppen im Rahmen von EU-Militäreinsätzen ist jedenfalls abzulehnen, weil die EU in kriegerischen Konflikten als parteiische Macht mit eigenen Hegemonialansprüchen empfunden wird. Allein befugt zur Durchführung derartiger Einsätze sind die UN. Österreich sollte starke Anstrengungen in Richtung auf eine Reform des UN-Sicherheitsrates unternehmen, um ihn im Sinne einer glaubwürdigen „Weltinnenpolitik“ handlungsfähig zu machen. Darüber hinaus sollte Österreich auf die Leistung langfristig friedenssichernder Beiträge setzen: Erhöhung des Entwicklungspolitischen Budgets, Unterstützung beim Aufbau funktionierender Verwaltungsstrukturen, etc. Was eine un- oder gering bewaffnete Neutralitätspolitik zu leisten vermag, zeigte sich in den 80er-Jahren am Beispiel Costa Rica. Dieser mittelamerikanische Kleinstaat hat 1948 die Armee abgeschafft und mit den freigewordenen Finanzen drei Universitäten gebaut. Und weil es eben militärisch nicht gerüstet war, hatte es großen Anteil an der Befriedung des Bürgerkrieges in Nicaragua und des Kriegszustandes zwischen Nicaragua und Honduras. Der Friedensplan, der schließlich zu einem Ende des Bürgerkrieges führte, wurde deshalb auch nach dem Präsidenten von Costa Rica, Oscar Arias, benannt.

- **Von Terroristen und Freiheitskämpfern**

Schutz vor Terrorismus und seine entschlossene Bekämpfung mit rechtsstaatlich-polizeilichen Mitteln ist notwendig. Dabei ist jeweils auch kritisch zu analysieren, was die eigenen Eliten mit der Terrorangst und dem Krieg gegen den Terror als Haupt- oder Nebenzweck beabsichtigen. Terrorismus ist eben kein isoliertes Problem, sondern er steht im Zusammenhang komplexer sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer

Verhältnisse. Wir sollten uns daher vor einfachen Antworten und Lösungen hüten. Darauf hat der Israelische Friedensaktivist Uri Avnery, der in seiner Jugend selbst einer jüdischen Terrororganisation angehört hat und den Staat Israel „mit herbeigebombt“ hat, im November 2006 bei einem Vortrag in Graz hingewiesen: „Die Terroristen der eigenen Seite nennt man Freiheitskämpfer, die Freiheitskämpfer der Gegner heißen Terroristen!“.